

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nummer 40.— Mk. Durch Zustäger 25.— Mk. pro Woche. Durch die Post 800.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktionsgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfach-onto Nr. 810 69. — Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 8807.

Freitag, 19. Januar 1923

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 20.— Mk. Stellen- und Wohnungsgelegenheiten, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Mk. — Preisliste: Die Millimeterzeile 3 gespaltene über deren Raum im Text 75.— Mk.

Offener Brief

an die Londoner, Wiener Internationale und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat sich am 13. d. Mts. an Sie gewendet mit der Anfrage, was Sie zu unternehmen gedenken, um den Beschluß des Haager Kongresses über

die Organisierung des Generalstreiks im Falle der Kriegsgefahr durchzuführen.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat die Unterzeichneten beauftragt, zusammen mit dem Genossen Marcel Cachin in Verhandlungen mit Ihnen zu treten über den gemeinsamen Kampf gegen die Kriegsgefahr. Genosse Marcel Cachin ist durch die Verfolgungen der Kommunistischen Partei Frankreichs, wie durch die ihn drohende Verhaftung wegen des Kampfes, den unsere französischen Freunde gegen die Besetzung des Ruhrgebiets führen, verhindert, an diesen Verhandlungen zusammen mit uns teilzunehmen. Die Unterzeichneten warten auf Ihre Antwort, bereit, sich sofort mit Ihnen zu einem

Internationalen Aktionskomitee

zusammenschließen, das den Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr unternehmen könnte.

Die Delegation der russischen Gewerkschaften hat im Haag darauf gedrungen, daß zum 2. Januar ein internationaler Proteststreik organisiert werde, der der internationalen Bourgeoisie die Entschlossenheit des Proletariats zeigen würde, gegen die Kriegsgefahr zu kämpfen. Die Delegation der russischen Gewerkschaften hat auf der Konferenz im Haag vorausgesetzt, daß jeweilsöhne im Januar die Besetzung des Ruhrgebiets erfolgen würde. Die Mehrheit der Haager Konferenzteilnehmer hat unsere Warnungen in den Wind geschlagen. Sie begnügt sich mit platonischen Protesten in der Ueberzeugung, daß die bürgerliche Diplomatie schon einen Ausweg finden werde. Die kapitalistische Diplomatie hat diesen Ausweg nicht gefunden, wie sie vier Jahre lang nicht imstande gewesen ist, die einfachsten Bedingungen für die friedliche Entwicklung der Welt festzusetzen.

Die Besetzung des Ruhrgebiets stellt die Welt vor eine akute Kriegsgefahr.

Der Plan der französischen Regierung geht darauf hinaus, durch Besetzung der deutschen Eisen- und Kohlenindustrie an der Ruhr die deutschen Kapitalisten zu zwingen, Geld herzugeben. Aber dieser Plan der französischen Regierung hatte zur Voraussetzung, daß die französischen Verwaltungsbehörden imstande sein würden, das Ruhrgebiet zu verwalten, die Industrie in Gang zu halten und durch die Verteilung oder Zurückhaltung der Kohle auf die deutsche Industrie einen Druck auszuüben. Dieser Plan ist gescheitert an der Besetzung des Kohlenhandels von Essen nach Hamburg. Die französischen Okkupationsbehörden stehen vor der Unmöglichkeit der Inangriffnahme der Industrie des Ruhrgebiets. Sie werden mit jedem Tage vor wachsenden Schwierigkeiten stehen, die Löhne an die Bergarbeiter zu zahlen. Daraus ergibt sich aber, daß sie über das Ruhrgebiet hinausgreifen werden, um dem deutschen Volke die Schraube noch fester anzuziehen. Schon kommen Nachrichten von Mobilisierungsvorbereitungen in Polen. Frankreich wird seine Vasallen gegen Deutschland in Bewegung setzen. Aber selbst wenn das nicht alles bevorsteht, so können jeden Augenblick im besetzten Gebiet Zusammenstöße der französischen Truppen mit der eng beieinanderliegenden Bevölkerung im Ruhrgebiet stattfinden, die die nationalistische Stimmung in Deutschland zur Sieböhne steigern werden.

Sozialdemokraten für die Vorschläge der 3. Internationale.

Man teilt uns mit, daß die Mitglieder der Exekutive der Wiener Arbeitsgemeinschaft, Januschewitsch (Litauische Sozialistische Partei) und Alexander Schreider (Linke Sozial-Revolutionäre Rußlands) an Friedrich Adler telegraphiert haben, daß sie die Annahme der Vorschläge der 3. Internationale als unbedingt nötig halten.

Betterer Vormarsch im Ruhrgebiet.

21. Berlin, 17. Januar.

Am 4 Uhr nachmittags wird aus Essen gemeldet: Am heutigen Tage wurden folgende Orte neu besetzt: Haltern, Eining, dann einige Vororte von Dortmund in Richtung auf Eining und Hörde, unter anderen Lintrup, Allersb. Berg, hofen, Schwerte, Hagen, Eberfeld und Barmen sind noch nicht besetzt. Aus Äußerungen französischer Offiziere in Dortmund geht hervor, daß die Besetzung von Münster, Seenelager, Hagen, Paderborn und Bielefeld beabsichtigt sei.

Noch eine Sanktion.

Havas berichtet: Die französische, die belgische und die italienische Regierung haben den Beschluß zur sofortigen Aussetzung der Staatsforsten am linken Rheinufer erteilt, als Sanktion für die am 25. Januar durch die Reparationskommission festgestellten deutschen Verfehlungen bei den Holzlieferungen.

Wenn in Frankreich die militärischen Elemente die Schwächen Poincares an der Ruhr ausnützen werden, um ihn weiterzutreiben zur Reaktivierung der Rheinbund-Politik, der Politik der Bertückelung Deutschlands, so können leicht in Deutschland Kräfte in Bewegung kommen, die zum Kriege treiben werden, um die nationalistische Erziehung zur

Erhebung der Macht durch die Gegenrevolution

auszunutzen. Die Regierungen diesseits und jenseits des Rheins wissen schon heute nicht, was sie morgen tun werden. Am 31. Januar wird die Situation härtest, denn Deutschland wird an diesem Tage nicht imstande sein, die geforderte Zahlung aufzubringen. Die Sonderaktion der französischen Regierung kann sich dann in die allgemeine Aktion der Entente verwandeln. Und das deutsche Volk kann vor die Situation gestellt werden, zu entscheiden: vollkommene Unterwerfung und Verflachung oder Kampf.

Die Haager Konferenz hat beschlossen, daß sich das Proletariat mit allen Mitteln gegen die drohende Kriegsgefahr wehren, daß im Falle dieser Gefahr der Generalstreik organisiert werden soll. Nun, diese Kriegsgefahr ist da. Nur Blinde können ihre Existenz leugnen. Es handelt sich nicht nur um die Gefahr des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich. Ein solcher Krieg würde den ganzen Osten und Südosten Europas in Bewegung bringen. Der Ueberfall Memels durch Litauen, die Ereignisse an der rumänisch-ungarischen Grenze zeigen, wie das unsichere Gleichgewicht der letzten Jahre wankt, wie sich schon Kräfte in Bewegung zu setzen beginnen, deren Entwicklung jeden Konflikt in Mitteleuropa zu einem europäischen Konflikt machen würde.

Wir zweifeln keinen Augenblick, daß die Führer der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wie die der Wiener und Londoner Internationale die Situation ebenso beurteilen wie wir.

Wir fordern Sie daher auf, ihre feierlichen Erklärungen wahrzunehmen, die erst vor einem Monat im Haag gegeben worden sind,

und Vorbereitungen zu treffen zur schleunigen Organisierung des Massenstreiks. Wir fordern Sie auf, sofort mit uns zusammenzukommen, um die notwendigen Maßregeln zu beschließen. Die Parteien der Kommunistischen Internationale und die Arbeitermassen, die hinter der Roten Gewerkschaftsinternationale stehen, werden ihre Pflicht tun, wie es unsere französischen Genossen schon bewiesen haben. Wir schlagen als Termin für den Beginn des Protest-Massenstreiks den 31. Januar vor. Aber die Dauer des Streiks müssen Verabredungen getroffen werden auf der Konferenz der Vertreter der drei politischen und der beiden Gewerkschaftsinternationalen. Die wir für den 21. Januar in Berlin vorschlagen. Sollten Sie einen anderen Ort in Aussicht nehmen, so sind wir bereit zu reisen, und bitten Sie nur, sofort Maßnahmen zu treffen, damit die betreffenden Regierungen den Unterzeichneten Einreiseerlaubnis erteilen.

Berlin, 16. Januar 1923.

Im Auftrage der Kommunistischen Internationale.

Clara Zetkin, Walton Newbold, Karl Radek.

Im Auftrage der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Jedert.

PS. 21. anderen Delegierten, die Genossen Dubliew, Jais und Watlins, waren bisher nicht zu erreichen.

Keine Entscheidung über das Moratorium.

Die Reparationskommission wird erst am Freitag in der Frage der Benzollieferungen an Italien eine Entscheidung treffen. Der Satz, an dem die Bedingungen für das Deutschland für das Jahr 1923 zu bewilligende Moratorium besprochen werden sollen, ist noch nicht festgesetzt worden.

Die französische „Demokratie“.

Cachins Zimmernut aufgehoben.

Der Ausschuß der französischen Kammer hat die Aufhebung der parlamentarischen Immunität des kommunistischen Abgeordneten Marcel Cachin beschlossen. Die Verhaftung Cachins steht bevor. Genosse Cachin beschloß auf seinem Posten zu verbleiben und nicht zu fliehen.

Ruhrbesetzung und Großagrarier.

Nicht nur die Kohlenmagnaten, sondern auch der Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen ihre letzten Profiten. Auch die deutschen Großagrarier haben keinen Anlaß, sich über Herrn Poincare zu beklagen. In Berlin kostete am 15. Januar die Sonne Roggen 400 000 Mk. und die Sonne Weizen 418 000 Mk., bereits am 16. Jan. wurde an der Produktionshöhe der Roggen mit 490 000 Mk. und der Weizen mit 560 000 Mk. notiert. An einem einzigen Tag ist, also der Weizenpreis für die Sonne um über 140 000 Mk. gestiegen. Die Ruhrbesetzung ist also nur der Vorwand, damit die Industriellen und Großagrarier gemeinsam das Proletariat ausplündern.

Poincare besetzt das Ruhrgebiet, Stinnes erfaßt die Eisenbahnen.

Das deutsche Volk wird von der Bourgeoisie aufgepeitscht, in gewaltigen Demonstrationen den französischen Machthabern zu zeigen, daß auch Schrammeinmacht Grenzen hat. Hunderttausende Kleinbürger versammeln sich in den Straßen Deutschlands, entflammt vom ehrlichen Haß gegen den frechen Bedrücker. Sie demonstrieren in ehrlicher Aufwallung ihrer Gefühle; denn sie werden nicht nur durch die gellenden Notrufe der nationalistischen Presse in Bewegung gebracht, sondern durch die wachsende Not. Der Dollar kostete heute 17 000, und wie er in ein paar Tagen stehen wird, weiß niemand. Heute ist es schon für einen Beamten, für einen Lehrer unmöglich, sich ein Hemd zu kaufen. Morgen wird die einfache Brotfrage zur Lebensfrage. Und der kleine Mann sieht die einzige Ursache seines Elends in den Reparationsforderungen und in der Gewalt des französischen Imperialismus.

In den Kontoren der Schwerindustrie herrscht große Freude. Die Markt ist wieder gefallen. Die Löhne der Arbeiter sinken automatisch. Wenn sie heute ein Sechstel des englischen Arbeiterlohnes ausmachen, so werden sie in ein paar Wochen den zehnten Teil von ihm gelten. Die deutsche Schwerindustrie kann wieder exportieren. Der Blutschweiß des deutschen Kulis hilft ihr wieder Milliarden schaffen, nicht in der kumpigen deutschen Mark, sondern in der goldwertigen Auslandswaluta. Das blanke Gold lücht nicht den Weg nach Deutschland; es bleibt in den ausländischen Banken liegen. Die Schwerindustrie, die Herren Stinnes, Krupp, Hanke, Schiffsen, haben alle Ursache, den Furor teutonikus zu entfachen: er bringt ihnen einen schönen Rebbach ein.

Aber das alles ist noch eine Kinderei. Das Schönste kommt noch. Am 9. Januar brachte der Pariser „Semp“, das Organ der französischen Regierung, die Meldung aus Luxemburg, daß deutsche Industrielle, mit Stinnes an der Spitze, durch die Vermittlung luxemburgischer Industrieller sich an die französische Regierung mit der Erklärung gemandt hätten, sie würden der deutschen Regierung eine Anleihe von 18 Milliarden Goldmark unter der Bedingung garantieren, daß ihnen dafür die deutschen Eisenbahnen verpfändet würden.

Die französische Regierung ist auf dieses Angebot nicht eingegangen, weil sie keine Sicherheit hatte, daß, wenn sie auf die Besetzung von Essen verzichte, die deutschen Industriellen sich dann doch noch in die Büsche schlagen würden. Zuerst Besetzung des Ruhrgebiets, die Faust an die Gurgel der deutschen Schwerindustrie; dann wird sie schon in die Sache greifen.

Essen wurde besetzt. Und schon am 12. Januar bringt der „Manchester Guardian“ folgende Nachricht der offiziellen Reuteragentur, eine Nachricht, die von der bürgerlichen Lügenpresse und von der Volkschen Agentur zur Verdummung des deutschen Volkes sorgfältig verheimlicht wurde:

Die Reuter-Agentur erfährt, daß, nachdem Frankreich durch die Besetzung der Ruhr den Ernst seines Willens demonstriert hat, es versucht wird, die Verhandlungen mit Deutschland über die Regulierung der Reparationsfrage von neuem zu eröffnen, in der Ueberzeugung, daß die Strenge des Auftretens Frankreichs die deutsche Regierung zur Besinnung gebracht habe. Man muß jetzt abwarten, ob dem die deutsche Regierung entsprechen wird.

Nun, der Sittenfalk des Herrn Stinnes, Paul Lense, hat Sonntags in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erklärt:

„Wir glauben nie daran, daß auf dem Wege von Verhandlungen Frankreichs Militarismus jemals zur Räumung des Ruhrgebiets gebracht werden kann. Verhandlungen sind also sachlich völlig aussichtslos und die deutsche Regierung ist über in ihrem Beschluß zu bestärken, mit Frankreich jede Verhandlung abzulehnen, die schon formell durch den Vertragsbruch Frankreichs unmöglich geworden ist.“

Das war am Sonntag. Am Montag abend aber erklärte nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ Poincare den französischen Pressevertretern.

„Die französische Regierung habe Grund zur Annahme, daß die Reichsregierung baldigst zur Einsicht der von ihr beangegangenen Fehler gelangen werde. Die Industriellen des Ruhrgebietes würden beim Reichstanzler vorstellig werden, und es werde ihnen jedenfalls gelingen, die Regierung zu einer weniger unmachtgiebigen Haltung zu stimmen.“

Poincare war also genau informiert über die Absichten des Herrn Stinnes, als dieser seinen journalistischen Herold, Herrn Vensch, vorschickte, um mit „patriotischen“ Strahlen den herrlichen Widerstand der rheinischen Kapitalisten gegen den französischen Imperialismus in bengalische Beleuchtung zu setzen. Denn an demselben Tag, an dem die Presse den Schwerindustrie die Behöschung zur Demonstration gegen Frankreich aufrief, als Studenten und Hakenkreuzler mit dem „Schönen Lied“: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ über die Straßen zogen, als in Bochum Todesopfer fielen, haben die deutschen Industriellen, mit Stinnes an der Spitze, sich hingeeigt und sein faulerlich einen Vorschlag niedergeschrieben:

Die deutsche Regierung liefert ihnen die Eisenbahnen aus, und dafür wollen sie eine Anleihe von 20 Milliarden Goldmark garantieren, d. h. 1 Milliarde Goldmark jährlich zur Zinsendeckung geben. Dieser Vorschlag wurde gleichzeitig der deutschen und französischen Regierung unterbreitet und keine von ihnen sagte nein, beide erklärten ihn für eine geeignete Verhandlungsbasis.

Während die klassenbewusstesten Arbeiter Deutschlands sagen: „Wir wollen keinen Krieg deshalb führen, weil Herr Stinnes und seine Kumpane es ablehnen, mit ihren Devisen herauszurücken; die deutsche Bourgeoisie hat den Krieg gemacht, sie hat ihn verloren, möge sie nun zahlen“, antwortet Herr Stinnes: „Das Land ist in Not, ich will mich nicht lumpen lassen. Ich gab die Milliarde, aber verpändet mir dafür die Eisenbahnen!“

Das ist des Pudels Kern. In der Presse das Geschrei: Frankreich will Deutschland zerrissen. Auf, ihr Männer, zum Kampf! Fort mit den frechen Eindringlingen. Hinter den Kulissen heißt es: Wer bekommt die Pfänder? Wer besetzt die Ruhr? Wer besetzt die deutschen Eisenbahnen?

Die Franzosen besetzen das Ruhrgebiet, um die Moneten der Stinnes und Co. zu holen. Herr Stinnes erklärt darauf: „Wollt ihr meine Moneten, so besetzt ich die Eisenbahnen und hole mir das Geld von den deutschen Arbeitern, von den deutschen Steuerzahlern, von der deutschen Volkswirtschaft.“

Den Kohlenbaronen werden 400 Mark an Steuern regelrecht geklaut — die Proleten werden bis aufs Hemde ausgebeutet!

Das ist die Lage. Den Rücktritt der Regierung Cuno, die dem mit dem französischen Imperialismus auf Kosten des deutschen Volkes pattierenden deutschen Schwerkapital die Eisenbahnen ausliefern will, zu erzwingen, das ist das Gebot der Stunde.

Um die Kohlenlieferungen.

Wie wir bereits berichteten, hat die Reichsregierung beschlossen, sämtliche Reparationslieferungen an Frankreich Belgien anzugehen. Die Franzosen leiteten daraufhin mit den belgischen Verhandlungen ein, in denen letztere sich bereit erklärten, die Lieferung von Reparationsstoffen wieder aufzunehmen, wenn die französische Regierung sich bereit erkläre, die gekaufte Kohle bar zu bezahlen. Von Seiten der Reparationskommission wurde den belgischen dies zugesagt. Dagegen hat Poincare die Forderung von Paris als unannehmlich gemacht. Der Reichsstaatsminister hat die Lieferung von Kohle an Frankreich und Belgien aus dem Fall der Barzahlung telegraphisch verboten. Auf dieses Verbot hin haben sämtliche Zechen die Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien einstellen lassen. Die französische Reparationskommission hat daraufhin den belgischen den Befehl erteilt, die Kohlenlieferungen sofort wieder aufzunehmen.

Selbstverständlich wird bekannt, daß das französische Kabinett behauptet, daß es Mittel hat, die Kohlensteuer im Ruhrgebiet und in den linksrheinischen Gebieten zu erheben.

Die französische Ministerkammer beschloß, die Kohlen- und Holzlieferungen für die Reparationsarbeiten erforderlich sind, durch Requisitionen zu beschaffen, was die Bergwerksbesitzer im Ruhrgebiet ihre Haltung nicht ändern. Die Kohle- und Holzlieferung wird am Montag aus Paris erlassen haben, daß die Gründung eines autonomen Kohlenindus-trialen und die Schaffung eines eigenen Zahlungsmittels für das Ruhrgebiet von Frankreich gelassen werde.

Nach dem ersten Erfolg, den die deutschen Kohlen-magnaten für ihre Interessen in der Frage der Barzahlung errungen hatten, ließen sie zunehmend sich vom Reichsstaatsminister für die Sicherung derselben um einen neuen Druck auf die französische Regierung und auf das französische Schwer-industriell zu brechen Verhandlungen und zu besseren Bedingungen auszuhandeln. Diese Stellungnahme hängt aber an das einzige zusammen mit der Werbung von der Erhebung der Kohlensteuer durch die französische Regierung. Jetzt erst wurde bekannt, daß die deutsche Kohlenbarone seit August nicht einen Pfennig von ihrer verzinnten Kohlensteuer abgeliefert haben. Sie sind daher nicht gewillt, nunmehr die Kohlensteuer an die französische Regierung abzugeben.

Somit, der auf diese Weise zwischen dem französischen und dem deutschen Schwerkapital für die deutsche Kohlen- und Holzlieferung, geht auf Kosten der deutschen Arbeiterkassen. Ebenso wie die deutschen Arbeiter der französischen Regierung für die Kohlenlieferungen aus-geliegene Gelder als Zinsen und Aufschlag werden zurück-zahlen müssen, so werden sie auch die erhöhten Befehls-geldern bezahlen und die wirtschaftlichen Folgen der er-zweigten Befehls tragen müssen. Die Preise im besetzten Ruhrgebiet für die wichtigsten Lebensmittel und Verbrauchs-gegenstände steigen ununterbrochen. Die Arbeiter leiden auf das Schwerste, während die Kapitalisten weiter ihre Geschäfte waschen.

Keine Uebersichten im Ruhrrevier.

Wie aus Essen gemeldet wird, haben die Zechenbesitzer die Einstellung sämtlicher Uebersichten angeordnet. Die bürgerlichen Blätter melden, daß die Einstellung der Uebersicht „auf Verlangen der Arbeiter geschähe“.

Jetzt, wo es sich wieder einmal darum handelt, die Arbeiter zugunsten des kapitalistischen Geldblades nationalitätsgelöst aufzufressen, sind die Unternehmer bereit, auf das Ver-fahren der Uebersichten zu verzichten! Das sollte den Ar-beitern zu denken geben.

Wie kann der Versailler Vertrag zerrissen werden?

- Der Reichsbetriebsrätekongreß hat das klar gezeigt. 1. Prüfung aller privaten Finanz- und Sachlieferungs-abkommen, Annullierung aller volkswirtschaftlich schädli-genden Abkommen; die Gewinne der übrigen werden zur Deckung der Reparationskosten mit verwendet. 2. Beschlagnahme aller Auslandsguthaben u. Verwendung zu Reparationszwecken. 3. Gemeinsame Konferenz Deutschlands, Sowjetrusslands, Oesterreichs und der Türkei zur Annullierung des Ver-sailler Diktats, zur Bildung eines Abwehrbündes. 4. Einberufung einer Weltkonferenz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, zur gemeinsamen Regelung der Wiedergutmachung und gemeinsamen Aufbau der vom Kriege am meisten geschädigten Landesteile.

Um diese Forderungen durchzusetzen, muß die Bildung einer Arbeiter-regierung, gestützt auf Arbeitermehren, Betriebsräte und Kontroll-anschlüsse der mobilisierten gesamten werktätigen Bevölkerung zur Verwirklichung dieses Rettungsprogramms erkämpft werden!

Französische Generale und deutsche Unternehmer Hand in Hand.

Unser Genosse Ugerath in Frechen, Regierungs-bezirk Coblenz, wurde vor einigen Tagen mit der Be-gründung, daß er die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährde, von der Interalliierten Rheinlandkommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Die Begrün-dung ist die bei Ausweisungen aus dem besetzten Ge-biet übliche. Der wirkliche Grund liegt anderswo. Ge-nosse Ugerath ist Obmann der Braunkohlengrube Sch-billa bei Frechen und hat sich den Grubenherren durch sein Eintreten für die Interessen der Bergarbeiter miß-liebig gemacht. Diese Herren Patrioten bestimmen sich keinen Augenblick, den „Landesfeind“, gegen den sie die deutschen Arbeiter aufheben, in Anspruch zu nehmen, um sich einen Arbeiter, der ihre Profitinteressen ge-fährdet, vom Hals zu schaffen.

Rosie schlägt die Cuno-Regierung.

Sannaber, 17. Januar. Die „Niederländische Arbeiterzeitung“ wurde vom Ober-präsidenten Rosie auf acht Tage verboten. Grund: der Zutritt des Reichsausschusses der Betriebsräte für die Ar-beiterregierung, in dem die Maßnahmen der Regierung Cuno kritisiert und die Mitglieder der Regierung beschimpft (!) worden seien.

Unter der wohlwollenden Duldung der Polizei hat hier am Sonntag der Aufruf der Nationalsozialisten mit Gummihüpfen, Lotzschlägern usw. stattgefunden. Erst ließen sie sich vom Massenführer Handlung den Haß gegen Frank-reich und den nationalen Krieg predigen. Dann schlugen sie auf die Arbeiter, die aus der kommunistischen Kundgebung im Koncertsaal kamen, am Bahnhof und am Königsworther Platz los, wobei sich der Heilige Albert von der Reichswehr-kavallerie, Strohtrappführer bei den Nationalisten, beson-ders hervortat. Der Sonntag hat der Arbeiterkassen deut-licher denn je gezeigt, daß sie den Hitlerfrenkelern mit der ganzen Kraft ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organi-sationen entgegenzutreten und sich zu wirksamer Selbst-hilfe rufen müssen.

Sozialdemokratischer Bürgerfrieden und Klassenkampf der Kommunisten.

Der Reichstagsabgeordnete und Bürgermeister Camerhrey von der USPD gab in der Stadtverord-netenversammlung in Ohligs ein Referat zum na-tionalen Einheitsfront ab und führte wörtlich aus:

„Es gibt auch für den Parteipolitiker Augenblicke, wo er die Politik in den Hintergrund stellen und eine Einheitsfront bilden muß. Dieser Augenblick ist heute, wo der französische Imperialismus darum ist, unser Volk abzuschlachten, gekommen. Ein einziges deutsches Volk ist heute mehr denn je zusammen notwendig.“

Die bürgerliche Presse ist über die Wendung des „revolutionären“ Bürgermeisters hoch erfreut.

Eine Transportarbeiter-Versammlung in Essen sprach dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsartikels ihr Mißtrauen aus, weil er am Tage vor der Befehls-Offens gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien und den Deutschnationalen eine nationale Einheitsfront-und-gebung einberief.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sind über das Verhalten ihrer Führer empört. Am Sonntag und Montag verteilten die Kommunisten in ganz Rhein-land und Westfalen Hunderttausende von Flugblättern, in denen scharf gegen den nationalsozialistischen Stel-lung genommen und die Herstellung der internationalen Klassenfront gefordert wird.

Die halbstündige nationale Frühstückspause am Montag wurde von der ganzen Arbeiterschaft sehr fröhlich aufgenommen.

Das Remscheid-Ortsrat hat die halbstündige Pause abgelehnt und erklärt, die Remscheid-Arbeiter-schaft sei jeden Augenblick bereit, den Kampf für eine Arbeiterregierung und unter deren Führung auch gegen den französischen Imperialismus aufzunehmen.

Die große Koalition in Hessen Wirksamkeit.

Nach mehr denn vierwöchentlichem Regierungskrisis hat eine gemeinsame Verhandlung der bisherigen Koalitions-parteien USPD, Demokraten und Zentrum, am 10. d. Mis- zu dem Ergebnis geführt, der Deutschen Volkspartei die Ueber-nahme des Finanzministeriums anzubieten. Der sozialdemo-kratische Staatspräsident Ulrich hat den Antrag erhalten, mit der Deutschen Volkspartei in Verbindung zu treten.

Lebedours Antwort auf den Offenen Brief der SPD.

Die Lebedour-Gruppe hat auf den Offenen Brief der Partei, um dessen Beantwortung die Führer der USPD und der Gewerkschaften sich noch immer fetze herumdrehen, folgendes Schreiben an den Fraktions-vorstand der SPD im Reichstag gelangt:

Werte Genossen! Unter Bezugnahme auf beiliegenden Artikel im „Wec-ruf“ erlaube ich mir, Ihnen eine unverbindliche Vorbe-sprechung vorzuschlagen, an der einige Vertreter der USPD, der SPD und der Unterzeichner teilnehmen würden. Zweck der Besprechung wäre die schnelle Zusammenberufung einer Gesamtkonferenz aller wirtschaftlichen und politischen Organi-sationen des Klassenbewußten Proletariats, um eine Ver-ständigung über eine gemeinsame Abwehrpolitik gegen die militärischen Uebergriffe der französisch-belgischen Machthaber herbeizuführen. Ich möchte den Fraktionsvorstand der SPD/USPD er-lauben, Ort und Zeit der Vorbesprechung heute unmittel-bar nach dem Plenum anzuberaumen. Ihrer gest. Antwort entgegensehend, mit sozialistischem Gruß, rez. G. Lebedour.

Obwohl der „Wecruf“ Lebedours nach plumpsten antihöflichen Muster den Offenen Brief der SPD als Unterstützung der russischen Staatspolitik schlechtzumachen sucht, ist die Partei grundsätzlich be-reit, mit der Lebedourgruppe und allen anderen Ar-beiterorganisationen die notwendigen, sofort einzulei-tenden Aktionen zu beraten. Die für das Proletariat gefährliche, zu wirtschaftlichen und politischen Kata-strophen führende Politik des schwerkapitalistischen Ka-binets Cuno zwingt die Arbeiter, alle ihre Macht-mittel einzusetzen, um die Cuno-Regierung zum Rück-tritt zu zwingen.

Der Aufruf der Gegenrevolution in München.

Noch frecher und selbstbewusster als in anderen Teilen Deutschlands marschierte am Sonntag in München unter der Flagge der nationalen Einheitsfront die Gegenrevolution auf. Am Vormittag fand eine Kundgebung im Odeon statt, an der die Minister, die Offiziere der Behörden, die Redatoren der Hoch-schulen und hohe Offiziere teilnahmen. Der Ministerpräsident von Krieling hielt eine Ansprache. Er erklärte, daß Bayern fest hinter der Regierung Cuno stehe.

Am Nachmittag rüdten die vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns, die studentischen Korporationen, Front-soldaten, Reichswehr und Landespolizei vor der Feldherrnhalle auf. Die Nationalsozialisten mit zahlreichen Fahnenkutschbannern sollten in einer Straße von mindestens 30 000 Köpfen erscheinen. Auf der Freitreppe verammel-ten sich die Mitglieder der Staatsregierung mit von Krieling an der Spitze. Der Königspartei Dr. Pittinger forderte den Reichstanzler zu unbedingtem Widerstand auf. Dann werde er das ganze deutsche Volk hinter sich haben. Der Landtagspräsident Königsbauer erklärte, die Trauerschmuck bedeuten nicht Deutschlands Tod, sondern den des fran-zösischen Imperialismus. „Wir bitten Gott um den Tag der Rache.“

Sozialdemokratische Arbeiter, die mit roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen durch die Ludwigstraße zogen, wurden von der Polizei aufgefordert, die Fahnen sofort ein-zurufen und abzugeben. Als sie sie wieder zu entrollen ver-suchten, wurden sie schwer verprügelt und die Fahnen vernich-tet. Die „nationale Einheitsfront“ hatte ihr wichtiges Be-dingungsstück gefunden.

Aus München laufen ferner Meldungen ein, daß Hitler seine Männer nicht mehr sehr in der Hand habe. Seine Unter-führer haben ihm gleichfalls zu verstehen gegeben, daß sie nicht in der Lage seien, ihre Häuser zurückzuhalten, wenn es nicht bald zu einer Knapptroße kommt. Für den 20. Januar haben die Nationalsozialisten München eine Fahnenweihe an-geordnet. Das „Berliner Tageblatt“ will Nachrichten erhalten haben, daß es bei dieser Fahnenweihe nicht bleiben soll. Diese wiederum den äußeren Anlaß zu einer größeren Aktion der Nationalsozialisten bilden werde.

Was nun die USPD der USPD, die gegen die drohende Gefahr? Werden sich die reformistischen Führer nach einem falschen Putsch ebenso auf den Boden der ge-ggebenen Tatsachen stellen, wie ihre italienischen Kollegen es getan haben? Die Arbeiter dürfen es nicht dulden. Sie müssen darauf dringen, daß sie von ihren Führern bewaff-net werden, damit sie dieser falschen Gefahr den Kopf zerschlagen. Denn diesmal würden dieselben reaktionären Offi-ziere und radikalen Spione viel besser zuschlagen, als sie hier in Scheitern während des Kapp-Putsches zugeschlagen haben.

Dem Dolchstoß der USPD-Führer erliegen.

Unter dieser Ueberschrift teilt unser Leipziger Parteiblatt, die „Sächsische Arbeiterzeitung“, den von uns bereits ge-nannten Abbruch des Leipziger Mieterstreits mit. Die Führer der USPD und des USOB hängen die Bewegung nicht, son-dern verstehen ihr einen Dolchstoß von hinten. Da mußte angeht auch der Entschloßung des Ministers Wipinski die Mieterfront wanken und deshalb mußte der Mieterkum-pulsand geschlossen das erste Geheiß abbrechen. Das Geheiß ist abgebrochen, aber der Kampf geht weiter. Ueber kurz oder lang werden die Mieter unter dem Druck der neuen unbezah-lbaren Mietsteigerungen es wieder mit den unwürdigen Haus-besitzern aufnehmen müssen. Durch Ausbau ihrer Organi-sation, durch geeignete Mieterräte und den Anschluß an die Forderungen des Betriebsrätekongresses müssen die Mieter zum nächsten unausweichlichen Kampfe rufen, um ihn siegreich durchzuführen zu können.

Auswirkungen des Ludwigshafener Streiks.

Nach dem Streik in Ludwigshafen ist die Stimmung der breiten Massen der sächsischen Arbeiterschaft unserer Partei gegenüber genau so günstig wie während des Kampfes. In Se-olsheim bei Frankenthal ist die Mehrheit der SPD zu uns übergetreten. Eine SPD-Gruppe besteht dort nicht mehr. In Rodheim bei Frankenthal hat die noch bestehende Orts-gruppe der USPD mit großer Mehrheit beschlossen, zur SPD überzutreten. In Frankenthal hat sich während des Streiks eine starke Frauengruppe von etwa 30 Genossinnen heraus-gebildet. In Ludwigshafen, Sinsheim, Friesenheim und an-deren Orten der Pfalz wurden viele neue Mitglieder für die Organisation und Abonnenten für unsere Arbeiterzeitung gewonnen.

Die Ortsvereine der USPD. Fanden kommunistisch.

Die am 3. Januar stattgefundene Generalversammlung des USPD in Emden wählte ihre Ortsleitung und als Kar-tellbelegierte sämtlich unsere Genossen. Von einer Entlassung der Angestellten, die noch zur SPD gehören, wurde Abstand genommen, da sie versprochen, sich für die Interessen der Kollegen einzusetzen und die Be-trübnisse der Mitarbeiterschaft und Ortsübernahme auszuführen.

Das war am Sonntag. Am Montag abend aber erklärte nach einer Meldung der „Bosfischen Zeitung“ Poincare den französischen Pressevertretern:

„Die französische Regierung habe Grundsatz zur Annahme, daß die Reichsregierung baldigst zur Einsicht der von ihr begangenen Fehler gelangen werde. Die Industriellen des Ruhrgebietes würden beim Reichstanzler vorstellig werden, und es werde ihnen jedenfalls gelingen, die Regierung zu einer weniger unmachtigen Haltung zu stimmen.“

Poincare war also genau informiert über die Absichten des Herrn Stinnes, als dieser seinen journalistischen Herold, Herrn Bensch, vorschickte, um mit „patriotischen Sätzen den heroischen Widerstand der rheinischen Kapitalisten gegen den französischen Imperialismus in bengalische Beleuchtung zu legen. Denn an demselben Tag, an dem die Presse der Schwerindustrie die Bevölkerung zur Demonstration gegen Frankreich aufrief, als Studenten und Patentbesitzer mit dem „schönen Riede“: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ über die Straßen zogen, als in Bochum Todesopfer fielen, haben die deutschen Industriellen, mit Stinnes an der Spitze, sich hingeeßt und sein säuberlich einen Vorschlag niedergeschrieben:

Die deutsche Regierung liefert ihnen die Eisenbahnen aus, und dafür wollen sie eine Anleihe von 20 Milliarden Goldmark garantieren, d. h. 1 Milliarde Goldmark jährlich zur Zinsendeckung geben. Dieser Vorschlag wurde gleichzeitig der deutschen und französischen Regierung unterbreitet und keine von ihnen sagte nein, beide erklärten ihn für eine geeignete Verhandlungsbasis.

Während die klassenbewußtesten Arbeiter Deutschlands sagen: „Wir wollen keinen Krieg deshalb führen, weil Herr Stinnes und seine Kumpans es ablehnen, mit ihren Devisen herauszurücken; die deutsche Bourgeoisie hat den Krieg gemacht, sie hat ihn verloren, möge sie nun zahlen“, antwortet Herr Stinnes: „Das Land ist in Not, ich will mich nicht lumpen lassen. Ich gab die Milliarde, aber verpfändet mir dafür die Eisenbahnen!“

Das ist des Pudels Kern. In der Presse das Geschrei: Frankreich will Deutschland zerschneiden. Auf, ihr Männer, zum Kampf! Fort mit den frechen Eindringlingen. Unter den Russen heißt es: Wer bekommt die Pfänder? Wer besetzt die Ruhr? Wer besetzt die deutschen Eisenbahnen?

Die Franzosen besetzen das Ruhrgebiet, um die Moneten der Stinnes und Co. zu holen. Herr Stinnes erklärt darauf: „Wollt ihr meine Moneten, so besetzt ich die Eisenbahnen und hole mir das Geld von den deutschen Arbeitern, von den deutschen Steuerzahlern, von der deutschen Volkswirtschaft.“

Den Kohlenbaronen werden 400 Mark an Steuern regelrecht geschenkt — die Proleten werden bis auf Hemde ausgebeutet!

Das ist die Lage.

Den Rücktritt der Regierung Cuno, die dem mit dem französischen Imperialismus auf Kosten des deutschen Volkes patierenden deutschen Schwerkapital die Eisenbahnen ausliefern will, zu erzwingen, das ist das Gebot der Stunde.

Um die Kohlenlieferungen.

Wie wir bereits berichteten, hat die Reichsregierung beschloffen, sämtliche Reparationslieferungen an Frankreich-Belgien einzustellen. Die Franzosen leiteten daraufhin mit den belgischen Verbänden ein, in deren letztere sich bereits erklärt die Lieferung von Reparationskohle wieder aufzunehmen, wenn die französische Regierung sich bereit erkläre, die geforderte Kohle bar zu bezahlen. Von Seiten der Rheinlandkommission wurde den Zechenbesitzern dies zugesagt. Inzwischen hat Poincare die Forderung von Paris aus zurückgezogen gemacht. Der Reichshauptkommissar hat die Lieferung von Kohle an Frankreich und Belgien aus für den Fall der Barzahlung telegraphisch verboten. Auf dieses Verbot hin haben sämtliche Zechen die Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien einstellen lassen. Die französische Militärkommission hat daraufhin den Zechenbesitzern den Befehl erteilt, die Kohlenlieferungen sofort wieder aufzunehmen.

Gleichzeitig wird bekannt, daß das französische Kabinett beschloffen hat, ab Mittwoch die Kohlensteuer im Ruhrgebiet und in der linksrheinischen Gebiete zu erheben.

Die französische Ministerkonferenz beschloß, die Kohlen- und Kokssteuern, die für die Reparationen erforderlich sind, durch Requisition zu beschaffen, wenn die Bergwerksbesitzer im Ruhrrevier ihre Haltung nicht ändern. Die „Bosfische Zeitung“ will amtlich aus Paris erfahren haben, daß die Gründung eines autonomen Kohlenadikats und die Schaffung eines eigenen Zahlungsmittels für das Ruhrgebiet von Frankreich gebilligt werde.

Nach dem ersten Erfolg, den die deutschen Kohlenmagnaten für ihre Interessen in der Frage der Barzahlung errungen hatten, ließen sie naemehr sich vom Reichshauptkommissar die Lieferungen verbieten, um einen neuen Druck auf die französische Regierung und auf das französische Schwerkapital zu üben. Verhandlungen und zu besseren Bedingungen auszuhandeln. Diese Stellungnahme hängt aber auf das innigste zusammen mit der Forderung von der Erhebung der Kohlensteuer durch die französische Regierung. Jetzt erst wurde bekannt, daß die deutschen Kohlenbarone seit August nicht einen Pfennig den von ihnen bezinsigten Kohlensteuern abbezahlt haben. Sie sind daher nicht gewillt, umso mehr die Kohlensteuer an die französische Regierung abzuführen.

Kampf, der auf die Weite zwischen dem französischen und dem deutschen Schwerkapital für die deutschen Kohlenmagnaten ausgeht, geht auf Kosten der deutschen Arbeiter. Ebenso wie die deutschen Arbeiter der französischen Regierung die für die Kohlenlieferungen angelegten Gelder mit Zinsen und Zinseszinsen werden zurückzahlen müssen, so werden sie auch die erhöhten Belastungen des Ruhrgebietes und die wirtschaftlichen Folgen der erweiterten Besetzung tragen müssen. Die Preise im besetzten Ruhrgebiet für die wichtigsten Lebensmittel und Gebrauchsgüter steigen ununterbrochen. Die Arbeiter leiden an dem Hunger, während die Kapitalisten weiter ihre Geschäfte machen.

Keine Ueberschichten im Ruhrrevier.

Wie aus Offen gemeldet wird, haben die Zechenbesitzer die Einstellung sämtlicher Ueberschichten angeordnet. Die bürgerlichen Blätter melden, daß die Einstellung der Ueberschicht „auf Verlangen der Arbeiter geschah!“

Jetzt, wo es sich wieder einmal darum handelt, die Arbeiter zugunsten des kapitalistischen Weltbetrugs nationalstaatlich auszuküpfeln, sind die Unternehmer bereit, auf das Verlangen der Ueberschichten zu verzichten! Das sollte den Arbeitern zu denken geben.

Wie kann der Versailles Vertrag zerrissen werden?

Der Reichsbetriebsrätekongress hat das klar gezeigt.

1. Prüfung aller privaten Finanz- und Sachlieferungsabkommen, Annullierung aller volkswirtschaftlich schädigenden Abkommen; die Gewinne der übrigen werden zur Deckung der Reparationskosten mit verwendet.
2. Beschlagnahme aller Auslandsaktiva u. Verwendung zu Reparationszwecken.
3. Gemeinliche Konferenz Deutschlands, Sowjetrußlands, Oesterreichs und der Türkei zur Annullierung des Versailles Vertrags, zur Bildung eines Abwehrbündnisses.
4. Einberufung einer Weltkonferenz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, zur gemeinsamen Regelung der Wiedergutmachung und gemeinsamen Aufbau der vom Kriege am meisten geschädigten Landesteile.

Um diese Forderungen durchzusetzen, muß die Bildung einer Arbeiterregierung, gestützt auf Arbeiterwehren, Betriebsräte und Kontrollausschüsse der mobilisierten gesamten wehrfähigen Bevölkerung zur Verwirklichung dieses Rettungsprogramms erkämpft werden!

Französische Generale und deutsche Unternehmer Hand in Hand.

Unser Genosse Oberath in Frechen, Regierungsbezirk Coblenz, wurde vor einigen Tagen mit der Begründung, daß er die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährde, von der Internationalen Rheinlandkommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Die Begründung ist die bei Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet übliche. Der wirkliche Grund liegt anderwärts. Genosse Oberath ist Obmann der Braunkohlengrube Sybilla bei Frechen und hat sich den Grubenherren durch sein Eintreten für die Interessen der Bergarbeiter mißlieblich gemacht. Diese Herren Patrioten bestimmen sich keinen Augenblick, den „Landesfeind“, gegen den sie die deutschen Arbeiter aufheben, in Anspruch zu nehmen, um sich einen Arbeiter, der ihre Profitinteressen gefährdet, vom Hals zu schaffen.

Roske schützt die Cuno-Regierung.

Samstag, 17. Januar.

Die „Riederächische Arbeiterzeitung“ wurde vom Oberpräsidenten Roske auf acht Tage verboten. Grund: der Aufruf des Reichsausschusses der Betriebsräte für die Arbeiterregierung, in dem die Maßnahmen der Regierung Cuno kritisiert und die Mitglieder der Regierung beschimpft (!) worden sind.

Unter der wohlwollenden Duldung der Polizei hat hier am Sonntag der Aufmarsch der Nationalsozialisten mit Gummihüpfeln, Zerschlagern usw. stattgefunden. Erst ließen sie sich vom Massenführer Hindenburg den Haß gegen Frankreich und den nationalen Krieg predigen. Dann schlugen sie auf die Arbeiter, die aus der kommunistischen Kundgebung im Kongresshaus kamen, am Bahnhof und am Königswörther Platz los, wobei sich der Oberste Albert von der Reichswehr-Kavallerie, Stabschef bei den Nationalisten, besonders hervortat. Der Sonntag hat der Arbeiterschaft deutlich gemacht, daß sie den Hilferufen mit der ganzen Kraft ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen entgegenzutreten und sich zu wirksamer Selbsthilfe rufen müssen.

Sozialdemokratischer Bürgerfrieden und Klassenkampf der Kommunisten.

Der Reichstagsabgeordnete und Bürgermeister Gauerbrech von der USPD, gab in der Stadtratsversammlung in Ohligs ein Bekenntnis zur nationalen Einheitsfront ab und führte wörtlich aus:

„Es gibt auch für den Parteipolitiker Augenblicke, wo er die Politik in den Hintergrund stellen und eine Einheitsfront bilden muß. Dieser Augenblick ist heute, wo der französische Imperialismus daran ist, unser Volk abzuschlachten, gekommen. Ein einziges deutsches Volk ist heute mehr denn je zuvor notwendig.“

Die bürgerliche Presse ist über die Wendung des „revolutionären“ Bürgermeisters hoch erfreut.

Eine Transportarbeiter-Versammlung in Offen sprach dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsartikels ihr Mißtrauen aus, weil er am Tage vor der Besetzung Offens gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien und den Deutschnationalen eine nationale Einheitsfront- und -bewegung einberief.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sind über das Verhalten ihrer Führer empört. Am Sonntag und Montag verteilten die Kommunisten in ganz Rheinland und Westfalen Hunderttausende von Flugblättern, in denen scharf gegen den nationalistischen Kummel Stellung genommen und die Herstellung der internationalen Klassenfront gefordert wird.

Die halbstündige nationale Frühstückspause am Montag wurde von der ganzen Arbeiterschaft sehr kritisch aufgenommen.

Das Remscheid Ortsartikell hat die halbstündige Pause abgelehnt und erklärt, die Remscheid Arbeiter-schaft sei jeden Augenblick bereit, den Kampf für eine Arbeiterregierung und unter deren Führung auch gegen den französischen Imperialismus aufzunehmen.

Die große Koalition in Hessen Wirklichkeit.

Nach mehr denn vierwöchentlicher Regierungskrisis hat eine gemeinsame Verhandlung der bisherigen Koalitionsparteien USPD, Demokraten und Zentrum, am 10. d. Mtz. zu dem Ergebnis geführt, der Deutschen Volkspartei die Uebernahme des Finanzministeriums anzubieten. Der sozialdemokratische Staatspräsident Ulrich hat den Antrag erhalten, mit der Deutschen Volkspartei in Verbindung zu treten.

Redebours Antwort auf den Offenen Brief der KPD.

Die Ledebour-Gruppe hat auf den Offenen Brief der Partei, um dessen Beantwortung die Führer der USPD und der Gewerkschaften sich noch immer fest herumdrücken, folgendes Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden der KPD im Reichstag gesandt:

Werte Genossen!

Unter Bezugnahme auf beiliegenden Artikel im „Werk“ erlaube ich mir, Ihnen eine unverblühte Besprechung vorzuschlagen, an der einige Vertreter der USPD der KPD und der Unterzeichnete teilnehmen würden. Zuerst der Besprechung wäre die schnelle Zusammenberufung einer Gesamtsitzung aller wirtschaftlichen und politischen Organisationen des Klassenbewußten Proletariats, um eine Verständigung über eine gemeinsame Abwehrpolitik gegen die militäristischen Uebergriffe der französisch-belgischen Mächte herbeizuführen.

Ich möchte den Fraktionsvorsitzenden der KPD, USPD ersuchen, Ort und Zeit der Vorbereitungen heute unmittelbar nach dem Vortag anzuberaumen.

Ihrer gefl. Antwort entgegengehend,

mit sozialistischem Gruß

gez. G. Ledebour.

Obwohl der „Werk“ Ledebours nach plumpste antibolschewistische Muster den Offenen Brief der KPD als Unterstützung der russischen Staatspolitik schlechtzumachen sucht, ist die Partei grundsätzlich bereit, mit der Ledebourgruppe und allen anderen Arbeiterorganisationen die notwendigen, sofort einzuleitenden Aktionen zu beraten. Die für das Proletariat gefährliche, zu wirtschaftlichen und politischen Katastrophen führende Politik des schwerkapitalistischen Kabinetts Cuno zwingt die Arbeiter, alle ihre Machtmittel einzusetzen, um die Cuno-Regierung zum Rücktritt zu zwingen.

Der Aufmarsch der Gegenrevolution in München.

Noch frecher und selbstbewußter als in anderen Teilen Deutschlands marschierte am Sonntag in München unter der Flagge der nationalen Einheitsfront die Gegenrevolution auf. Am Vormittag fand eine Kundgebung im Odeon statt, an der die Minister, die Chefs der Behörden, die Direktoren der Hochschulen und hohe Offiziere teilnahmen. Der Ministerpräsident von Knilling hielt eine Ansprache. Er erklärte, daß Bayern fest hinter der Regierung Cuno stehe.

Am Nachmittag rückten die vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns, die studentischen Korporationen, Frontsoldaten, Reichspolizei und Landespolizei vor der Feldherrnhalle auf. Die Nationalsozialisten mit zahlreichen Fahnen, ausgenommen in einer Stärke von mindestens 30.000 Köpfen erschienen sein. Auf der Freitreppe versammelten sich die Mitglieder der Staatsregierung, mit von Knilling an der Spitze. Der Königsplatz Dr. Bittinger forderte den Reichstanzler zu unbedingtem Widerstand auf. Dann wurde er das ganze deutsche Volk hinter sich haben. Der Landtagspräsident Königbauer erklärte, die Trauerfahnen bedeuten nicht Deutschlands Tod, sondern den des französischen Imperialismus. Wir bitten Gott um den Tag der Rache.“

Sozialdemokratische Arbeiter, die mit roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen durch die Ludwigstraße zogen, wurden von der Polizei aufgefordert, die Fahnen sofort einzuzerren und abzugeben. Als sie sie wieder zu entrollen versuchten, wurden sie schwer verprügelt und die Fahnen vernichtet. Die „nationale Einheitsfront“ hatte ihr wirkliches Betätigungsfeld gefunden.

Aus München laufen ferner Meldungen ein, daß Hitler seine Männer nicht mehr fest in der Hand habe. Seine Unterführer haben ihm gleichfalls zu verstehen gegeben, daß sie nicht in der Lage seien, ihre Häuser zurückzuhalten, wenn es nicht bald zu einer Kraftprobe kommt. Für den 20. Januar haben die Nationalsozialisten Münchens eine Fahnenweihe angeordnet. Das „Berliner Tageblatt“ will Nachrichten erhalten haben, daß es bei dieser Fahnenweihe nicht bleiben soll, die die vielmehr den äußeren Anlaß zu einer größeren Aktion der Nationalsozialisten bilden werde.

Was tun die USPD, der USPD, die USA gegen die wachsende Gefahr? Werden sich die reformistischen Führer nach einem falschen Putsch ebenso auf dem Boden der gegebenen Tatsachen stellen, wie ihre radikalen Kollegen es getan haben? Die Arbeiter dürfen es nicht dulden. Sie müssen darauf dringen, daß sie von ihren Führern bewaffnet werden, damit sie dieser falschen Gefahr den Kopf zerschlagen. Denn diesmal würden dieselben reaktionären Offiziere und bürgerlichen Spione viel besser zuschlagen, als sie hier in Ohligs während des Kapp-Putsches zugeschlagen haben.

Dem Bolschoj der USPD-Führer erliegen.

Unter dieser Ueberschrift teilt unser Leipziger Parteiblatt, die „Sächsische Arbeiterzeitung“, den von uns bereits gemeldeten Abbruch des Leipziger Mietstreits mit. Die Führer der USPD und des USPD, hätten die Bewegung nicht, sondern verstanden ihr einen Bolschoj von hinten. Da mußte angeht auch der Einschreibung des Ministers Epstein die Mieterfront wanken und deshalb mußte die Mieterkongressbande geschloffen das erste Geheiß abbrechen. Das Geheiß ist abgebrochen, aber der Kampf geht weiter. Ueber kurz oder lang werden die Mieter unter dem Druck der neuen unbezahlbaren Mietsteigerungen es wieder mit den wucherischen Hausbesitzern aufnehmen müssen. Durch Ausbau ihrer Organisation, durch geeignete Mieterräte und den Anschluß an die Forderungen des Betriebsrätekongresses müssen die Mieter zum nächsten unausweichlichen Kampfe rüsten, um ihn siegreich durchführen zu können.

Auswirkungen des Ludwigshafener Streits.

Nach dem Streik in Ludwigshafen ist die Stimmung der breiten Massen der pfälzischen Arbeiterschaft unserer Partei gegenüber genau so günstig wie während des Kampfes. In C. obersheim bei Frankfurt ist die Mehrheit der USPD zu uns übergetreten. Eine USPD-Gruppe besteht dort nicht mehr. In Rodheim bei Frankfurt hat die noch bestehende Ortsgruppe der USPD mit großer Mehrheit beschloffen, zur KPD überzutreten. In Frankenthal hat sich während des Streits eine starke Frauengruppe von etwa 30 Genossinnen herausgebildet. In Ludwigshafen, Sinsheim, Friedenheim und anderen Orten der Pfalz wurden viele neue Mitglieder für die Organisation und Abonnenten für unsere Arbeiterzeitung gewonnen.

Die Ortsverwaltung des USPD, Emden kommunistisch.

Die am 3. Januar stattgefundene Generalversammlung des USPD in Emden wählte in ihre Ortsleitung und als Kartellbelegierte sämtlich unsere Genossen.

Von einer Entlassung der Angestellten, die noch zur USPD gehören, wurde Abstand genommen, da sie versprochen, sich für die Interessen der Kollegen einzusetzen und die Beschlüsse der Mitgliedschaft und Ortsverwaltung auszuführen.

Schlesische Rundschau.

An alle Ortsgruppen.

Die Adressen der Literaturbeiräte sind umgehend der Buchhandlung, Nikolaistraße 49/50, anzugeben. Arbeiter-Rundschau sind vollständig beigefügt. Bauernkalender „Das freie Land“ sind noch vorrätig und sind Bestellungen bis zum 22. Januar anzumelden. Zeitschriften, wie Parteiforellenspenden, Gewerkschaftler, Kommune, Kommunismus, Internationale, Siegel und Hammer usw. sind bis spätestens 27. jeden Monats bei der Buchhandlung anzumelden. Bestellungen auf Bauernkalender der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ sind sofort anzugeben. Produktiv-Gewerkschaft, f. d. Provinz Schlesia, e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistraße 49/50, Mt. Buchhandlung.

Für die Rudwigschule

gingen weiter folgende Beträge ein: Freiburger Uhrfabriken durch Roll. Adolf Schubert, Politz 20 806 M.; Eisenbahnergruppe Beuthen O. S. 22 750 M.; Bauteilen Langenbielau durch Roll. John, Reichbach i. Schl. 20 000 M.; Steinlager und Berufsgehilfen Langenbielau durch Roll. Zellbaum 1870 M.; Eisenbahner Oels durch Roll. J. Köhner, Oels 3635 M.; Bergbauarbeiter bei Weisstein durch Roll. Feschel 8925 M.; Langwalthersdorf Bahnhofsüberbau durch Roll. Zellbaum 288 M.; durch Roll. Starf, auf Liste 44114: 1495 M.; von Betriebswerk, Breslau-Haupt auf Liste 44122: 1205 M.; von Roll. Nolle auf Liste 44283: 800 M.; von B. G. W. durch Roll. Otto Scholz, auf Liste 44142: 8035 M.; auf Liste 44141: 1950 M.; auf Liste 44134: 4620 M.; von Vorkriegsarbeitern durch Roll. Waat, auf Liste 44279: 105 M.; auf Liste 44275: 650 M.; auf Liste 44281: 1681 M.; auf Liste 44273: 980 M.; auf Liste 44276: 720 M.; auf Liste 44278: 2030 M.; auf Liste 44282: 550 M.; auf Liste 44280: 1170 M.; auf Liste 44278: 100 M.; auf Liste 44277: 20 M.; durch Roll. Jähler auf Liste 44127: 300 M.; von Roll. Giesche 250 M.; von Roll. Strohotta 100 M.; von Roll. Giesche unter G. 1000 M.; von Roll. Giesche unter F. 1000 M.; von Roll. Carlus, Geringer-Werke 1950 M. Insgesamt 103 505 M.

Der Dank des Vaterlandes.

Es ist schon viel darüber geschrieben und gesprochen worden, in welcher standalöser Weise die Opfer des Krieges vom Staate behandelt werden. Wiederholt ist auf das grenzenlose Elend dieser Armen hingewiesen worden und mit Recht wurde betont, daß ihnen nur zwei Auswege bleiben: der Leierkasten oder der Strick. Den Gipfel an Brutalität und Gemeinheit erklimmt aber zweifellos die Fürsorge für die Freiheit i. Schl. Sie sandte einem Kriegskranken folgenden Schreiben:

Amliche Fürsorgestelle. Freiburg (Schl.), 6. 1. 23.
Wiederholten Aufforderungen, daß Betteln am Bahnhof zu unterlassen, sind Sie bisher nicht nachgekommen. Sollten Sie wieder bettelnd am Bahnhof angetroffen werden, legen wir uns zu unserm Bedauern gezwungen, die Ihnen bewilligte laufende Unterstützung zu entziehen und u. a. mit Polizeistrafen vorzugehen.

Der Leiter der Fürsorgestelle.

gez. Prüfer, Bürgermeister.

Beglaubigt: gez. Sommer.

Das sind die Diener der kapitalistischen Klasse, die nackten Bestien ohne jede Maske. Fünf Jahre lang haben sie Menschenleiber zerfleischt, haben Ströme von Blut vergossen, haben blühende Körper zu verküppelten Fleischlumpen geschlagen. Jahrzehntlang haben sie Proletariatskinder in der Produktionsmühle zermalmt, haben aus ihrem Blute Sekt und aus ihren Knochen Geld gemacht. Und allen Opfern versprochen sie vor dem Schlachten Dank und Anerkennung. Jetzt aber zeigen sie sich! Wie sie den im Betrieb verunglückten Invaliden im Straßengraben verkommen lassen, so lassen sie den im Weltkrieg zerstückelten Proletarier in der Gasse verrecken. Selbst die letzte Möglichkeit, sich das elende Leben zu erhalten, wird ihnen genommen. Man bettelt, kommt ins Gefängnis. Was macht es diesen

Schergen aus, daß die armen Kriegsoffer ohne das Betteln verhungern? Sie brauchen dann wieder einen weniger zu unterstützen, haben sich wieder einen Ballast vom Leibe geschafft.

Der Dollar

kostet bereits 20 000 Mark.

Die Preise

werden dem Dollarstand „angepaßt“ werden!

Und die Löhne?

Sie sind durch das Steigen des Dollarkurses, durch das Fallen der Mark und das „Anpassen“ der Preise an den Dollarkurs automatisch um 100—125% herabgedrückt worden! Umgehend müssen alle Arbeiter, Angestellte und Beamte neue Lohnforderungen stellen, eine

mindestens 125%ige Lohnerhöhung

fordern und auf die Beseitigung des Steuerabzuges, des Lohnsystems, also des kapitalistischen Ausbeutungssystems hinwirken durch den

Anschluß an die Kommunistische Partei.

Ihr aber, Arbeiter, vergeßt nicht: Jene Kriegsoffer sind eure Klassengenossen, sie haben einst mit Euch Schulter an Schulter gekämpft. Ihr Schicksal kann das eure sein. Darum helft ihnen! Helft ihnen dadurch, daß ihr die kapitalistische Bestie tötet.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Rotgemeinschaft.

Vom Allgemeinen freien Angestelltenbund werden wir um Aufnahme folgender Mitteilung gebeten:

Durch Rundschreiben werden in einer Anzahl von Betrieben die kaufmännischen und technischen Angestellten dazu aufgefordert, sich einen einprozentigen Gehaltsabzug gefallen zu lassen, dessen Ertrag der allgemeinen Nothilfe zugewandt werden soll. Der Abund und unseres Wissens auch der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, sowie der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten hat eine derartige, auf einem gewissen moralischen Zwang beruhende Maßregel abgelehnt bis zur Erledigung ihrer schwebenden Tariffragen. Es ist unmöglich, die Angestellten zu einer prozentualen Abgabe von ihrem Gehalt zu veranlassen, wenn auf der anderen Seite die Arbeitgeber die unerhörte Forderung eines Gehaltsabbaues von 60 Prozent und darüber stellen. Abgelehnt davon, daß wir keinem unserer Mitglieder irgendwie hindernd im Wege stehen, wenn sie sich privatim in weitgehendstem Maße mildtätig erweisen wollen, können wir eine derartige formelle Bindung, wie sie vom Wohlfahrtsamt und den Arbeitgebern gewünscht wird, nur eingehen, wenn

1. alle Arbeitnehmer, ganz gleich, ob organisiert oder unorganisiert, davon betroffen werden.
 2. Auch den Angestelltengewerkschaften ein maßgebender Einfluß und eingehende Kontrollmöglichkeiten über die Verwendung der Gelder gewährleistet werden.
- Wir erheben alle unsere Vertrauensleute und Betriebsräte, eine generelle Bindung solange abzulehnen, bis die schwebenden Tarifverhandlungen in befriedigendem Sinne zu Ende geführt und vorstehende Bedingungen erfüllt sind.
- Am von vornherein allen ungenügenden Gerüchten entgegenzutreten, als ob wir Gegner des sozialen Hilfswerks seien, betonen wir nochmals ausdrücklich, daß die Organisationen des Abbaues allein bei der Sammlung „Brüder in Not“ bisher gegen eine halbe Million ausgebracht haben.
- (Wir werden morgen zu den „Rotgemeinschaften“ ausführlich Stellung nehmen. D. Red.)

Kandidaten zur Betriebsratswahl.

In den am Sonntag, den 14. Januar, stattgefundenen Betriebsratswahlen, die zur Auffstellung der neu zu wählenden Betriebsratsmitglieder Stellung nahmen, wurden vier Genossen der Ortsgruppe Dittersbach vorgeschlagen:

Herrliche Zustände in der Betriebsratwahl auf dem Güllusgraben.

Man schreibt uns aus Neu-Weißstein:
Hier herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Ein recht trübes Licht es wird dort 12 stündig gearbeitet, so bald es diesen Herren paßt und Doppelschichten sind an der Tagesordnung. Wo bleibt hier die Arbeitsordnung? Sobald sich aber ein Arbeitkollege gegen solche Zustände auflehnt, muß ohne weiteres zur Strafarbeit oder ganz hinaus, das ist die Parole des Herrn Hilfsbetriebsleiters, und dieser Hilfsbetriebsleiter war selbst vor reichlich 1 1/2 Jahren noch Tagelöhner, aber einen größeren Befürworter für die Arbeitsstundenarbeitszeit kann man nicht finden. Das Bedauerliche ist, alle, die dort arbeiten, sind freigezwungen, organisiert, und keiner getraut sich etwas dagegen zu sagen und warum? Weil dieser Hilfsbetriebsleiter gleich damit her ist, wenn es nicht paßt, kann ja gehen. Ein Antreibsystem herrscht dort, das kann man nicht beschreiben, es heißt doch immer feste, feste, ob der Arbeiter Jünger hat oder nicht, das ist ganz gleich, und die Arbeiter machen auch mit. Es hat Arbeitsameraden, die 34 Schichten im Monat machen, wo soll das hinführen? Und diese, die das mitmachen, das sind Arbeitswillige, die anderen gelten als „faul“. Meist auch das gut, Kameraden, vielleicht braucht der Herr Hilfsbetriebsleiter noch einmal die Arbeiter. Ich rufe euch zu, Kameraden, handelt als freie Kämpfer und nicht wie ein paar reichstreue Vudel. Haltet euch diesen schönen Freiheitspruch vor Augen:

Nicht betteln und bitten,
nur mutig gestritten,
nie kämpft es sich schlecht
für Freiheit und Recht.

Ein Arbeiter.

Generalversammlung des DGB. in Lauban.

Zus Lauban erhalten wir folgenden Bericht:
Am 12. Januar 1923 fand im überfüllten „Vollshaus“ die Generalversammlung des DGB statt. Auf der Tagesordnung standen 9 Punkte. In 6. Stelle war die Wahl des Vorstandes eingereicht. Die Punkte der Tagesordnung waren so arrangiert, daß der Vorsitzende Leske Gelegenheit hatte, eine Wahlpropagandarede auf eine wilde und gemeine Hebe gegen den Betriebsratsvorsitzenden G. e. r. g. e. vom Stapel zu lassen und die Mitglieder zu Gunsten des alten Vorstandes zu beeinflussen, wobei ein Artikel aus der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, welcher die Auflösung des geschäftsführenden Ausschusses vom Betriebsrat brandmarkt, in ganz gemeiner Weise von Leske ausgelesen wurde. Er hatte dadurch erreicht, was er erreichen wollte, nämlich Stimmungsmaße für seine Wahl zum Vorstandsposten. Ehe zur Wahl geschritten wurde, fand eine Pause von 5 Minuten statt, in welcher eine große Anzahl Kollegen nach Hause gingen. Das bewies, daß die Kollegen nicht mit dieser gemeinen Handlungsweise einverstanden gewesen sind. Besonders hervorzuheben ist, daß von dem überfüllten Saal nur noch 254 Kollegen anwesend waren, welche ihre Stimme abgaben. Wenn man eine Ortsgruppe von 900 Mitgliedern in Lauban hat und man sieht sich dann das Wahlergebnis an, so muß man konstataieren, daß der Vorsitzende nur das Vertrauen von einigen 150 Mitgliedern hat. Vom 2. Vorsitzenden gar nicht zu reden. Den persönlichen Angriffen gegen Kollegen George (welcher doch als bester Vertreter der Arbeiterinteressen bekannt ist) vom Vorsitzenden Leske aus, werden wir später in einem besonderen Artikel das Spiegelbild Leskes gegenüberhalten, um der Öffentlichkeit zu zeigen, was für ein laubener Herr dieser Leske ist. Genau wie er dem Betriebsratsvorsitzenden Kollegen George persönliche Gehässigkeiten vorwarf, wollte er selbiges mit dem Betriebsratsvorsitzenden Kollegen Jendrich in Oberschlesien versuchen. Was ihm aber nicht gelang und von einem Kollegen der RWG gebührend zurückgewiesen wurde. Auch sollten sich die Kollegen bei der nächsten Betriebsratswahl vorsetzen, damit nicht derselbe Wahlschwindel vorfalle wie in Oberschlesien. Mit diesen Phrasen wird wohl der 1. Vorsitzende nicht viel Glück haben. Schluß der Versammlung 12 1/2 Uhr.

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

„Ach, das ist doch so klar! Ich will dich nicht beleidigen, aber du bleibst doch immer mein Freund...“ versetzte mich rechtlich ein einfacher Mensch, ein Bauer loszujagen.
„Ich habe aber wirklich eine Liebchale mit einer Dame“, sagte Ija und schüttelte sich vor Lachen.
„Kleiner Spahvogel!“ rief Kiril und lachte gleichfalls aus vollem Halse.
Sobald jedoch Antonow weg war und Lunew über die Worte des neugeborenen Profuristen nachdachte, fühlte er, daß sie für ihn beleidigend waren. Es war ihm klar, daß Kiril, wenn er auch ein gutmütiger und lächerlicher Burche war, sich doch für einen ganz besonderen Menschen hielt, mit dem er, Ija, sich gar nicht vergleichen konnte. Und dabei hatten doch beide, Antonow und die seine Frau, von ihm einen recht ansehnlichen Vorteil. Verfluchte hätte ihm erzählt, daß auch Petrucha sich über seinen Laden lustig mache und ihn einen Spitzhaken nenne... Und Jafow, hatte dem Schuster gesagt, daß er, Ija, früher besser, herzlicher und nicht so eingebildet gewesen sei als jetzt. Auch Sawrifs Schwester suchte Ija jedesmal das Gefühl heizubringen, daß er nicht ihresgleichen war. Sie, die Tochter eines Briefträgers, die fast in Lumpen gekleidet war, schaute ihn an, als ob sie darüber äunzte, daß er auf derleiben Erde lebe wie sie. Ijas Eigenliebe war, leit er das Magazin eröffnet hatte, beträchtlich gewachsen und noch empfindlicher geworden als früher. Sein Interesse für dieses eigentümliche, wenn auch nicht schöne Mädchen entwickelte sich mit jedem Tage mehr: er hätte gar zu gern gewußt, woher sie, das arme, dürftig gekleidete Ding, ihren Stolz nahm, der ihm immer mehr imponierte. Sie sprach ihn nie zuerst an, und das fränkte ihn tief. Ihr Bruder war doch schließlich nichts weiter als sein Laubbursche, und schon darum hätte sie gegen ihn, den Prinzipal, freundlicher sein sollen.
„Ich lese Ihr Buch vom Don Quixote“, sagte er zu ihr eines Tages.
„Nun...“ „fällt es Ihnen?“ fragte sie ihn, ohne ihn anzusehen.
„Aus...“ „gefällt es mir. Es ist so spahig, ein sonderbarer Mensch war's doch!“
Bei diesen Worten sah er sie an, und es war Ija, als ob ihre schwarzen, stolzen Augen voll Haß auf Ija blickten.
„Das wußte ich ja, daß Sie irgend so etwas sagen würden“, sprach sie langsam und deutlich.
Ija hörte aus ihren Worten etwas Beleidigendes, Vorwurfsvolles, Feindseliges heraus.
„Du mal ein ungebildeter Mensch“, sagte er achselzuckend.

Sie gab ihm keine Antwort und tat, als ob sie ihn gar nicht hörte.
Und wiederum nahm von Ijas Seele jene bittere Stimmung Besitz, die schon daraus geschwunden schien — wiederum empfand er den alten Haß gegen die Menschen, grübelte lange und hartnäckig nach über die Gerechtigkeit in der Welt, über seine Sünde und das, was ihn in der Zukunft erwartete. Dieser letztere Punkt beunruhigte ihn ganz besonders. Er hatte an seinem Magazin Gefallen gefunden, und die ganze Ordnung seines Lebens während dieser letzten Zeit war nach seinem Geschmack. Im Vergleich mit seiner früheren Existenz war dieses Leben weit ruhiger, ruhiger, freier. Aber sollte er immer so leben — vom Morgen bis zum Abend in seinem Laden hocken, ganz allein mit seinen Gedanken beim Samowar sitzen und dann schlafen gehen, um am nächsten Morgen abermals in den Laden zu gehen? Er wußte, daß viele kleine Ladenhändler oder alle in dieser Weise leben, aber die sind eben verheiratet, haben Kinder, trinken Brantwein, spielen Karten, und kaum ein zweiter von seiner Art würde sich darum kümmern. Er hatte zahlreiche Gründe, sowohl in seinem äußeren, als auch in seinem inneren Leben, die ihn berechtigten, sich für einen ganz besonderen Menschen zu halten, der den übrigen nicht ähnlich war. Seine Berufsgenossen gefielen ihm durchaus nicht: die einen waren Präbikäre wie Kiril, die außer ihrem Handel nichts anderes kannten, die anderen waren, offenkundige Betrüger. Einmal, als er über alle diese Dinge nachdachte, fielen ihm die Worte Sawrifs ein:
„Gott möge dir kein Glück geben... Du bist so habgierig.“
Und diese Worte schienen ihm tief beleidigend. Nein, er war nicht habgierig. Er wollte ganz einfach nichts weiter, als behaglich und ruhig leben, von allen Menschen geachtet sein und nicht auf Schritt und Tritt von den andern hören.
„Siehst du, Ija Lunew — ich bin besser als du!“
Und wiederum dachte er darüber nach, was ihn wohl in der Zukunft erwartete. Wird ihn für den Mord die Strafe ereilen oder nicht? Bisweilen schien es ihm, daß wenn sie ihn treffen sollte, dies eine Ungerechtigkeit sein würde... Er wollte doch den Kaufmann nicht werden. Es war ganz von selbst gekommen, sagte er sich zum hundertsten Male. In der Stadt leben zahlreiche Mörder, Wüstlinge und Räuber. Alle diese haben mit Vorsatz gehandelt, und von vielen weiß man es auch, und dennoch leben sie, genießen sie die Freuden des Daseins und sind bisher von ihrer Strafe nicht erkräft worden. Von Rechts wegen aber sollte jede Kränkung, die ein Mensch dem andern zufügt, an dem Schuldigen gerächt werden. Auch die Bibel spricht an mehr als einer Stelle diesen Grundsatz aus. Diese Gedanken rissen alle die Wunden seines Herzens wieder auf, und ein heißes Gefühl der Rachsucht schrie in ihm nach Vergeltung für sein zerstörtes Leben. Bisweilen kam ihm der Gedanke, noch eine

andere verwegene Tat zu vollbringen, vielleicht Petrucha Jilmonow's Haus anzuzünden, und wenn es dann bremen und von allen Seiten Menschen hereinströmen würden, ihnen zuzurufen:
„Ich habe es angezündet! Und ich habe auch den Kaufmann Poluektow ermordet!“
Und die Menschen würden ihn ergreifen und vor Gericht schleppen, und er würde wie sein Vater nach Sibirien deportiert werden... Dieser Gedanke steigerte den Aufruhr in Ijas Seele, und in seiner Rachbegier war er nahe daran, hinzugehen und Kiril die Liebchale mit Tatjana zu verraten, oder den alten Chrienow dafür blutig zu schlagen, daß er Masha so quälte.
Bisweilen, wenn er im Dunkeln auf seinem Bett lag, horchte er auf die tiefe Stille ringsum, und es war ihm, als ob im nächsten Augenblick alles ringsum erbeben und in jähem Zusammenbruch mit lautem Krachen wüßelnd zusammenstürzen würde. Und in den wirbelnden Strudel würde auch er von einer geheimnisvollen Kraft hineingezogen werden, gleich einem von Baum lögeriffenen Blatt, das in den Wirbel gerät und damit seinen Untergang findet. Und Lunew erschauerte in der Vorahnung des Ungewöhnlichen, das bevorstand.
Eines Abends, als Lunew sich anschickte, das Magazin zu schließen, erichien Pawel und sagte, ohne zu grüßen, mit ruhiger Stimme:
„Wjerka ist wegelaufen.“
Er setzte sich auf einen Stuhl, hügte sich mit den Ellbogen auf den Ladenisch und begann leise zu pfeifen, während er auf die Straße hinausah. Sein Gesicht war wie versteinert, nur sein kleiner Schnurrbart zuckte wie bei einem Rater.
„Ist sie allein gegangen oder mit einem anderen?“ fragte Ija.
„Ich weiß es nicht...“ „Schon den dritten Tag ist sie nicht zu Hause.“
Ija sah ihn an und schwieg. Pawels ruhiges Gesicht und der gleichgültige Ton, in dem er sprach, ließen ihn nicht sogleich erraten, wie Gratschew sich zu der Flucht seiner Freundin zu verhalten gedachte. Er vermutete jedoch, daß hinter dieser Ruhe sich ein entscheidender Entschluß verbarg.
„Was gedenkst du zu tun?“ fragte Ija leise, als er sah, daß Pawel keine Miene machte, zu sprechen.
Da hörte Gratschew auf zu pfeifen, und ohne sich nach dem Freunde umzusehen, sagte er kurz:
„Ich werde sie erstechen.“
„Ach was, wieder die alte Geschichte“, rief Ija mit einer abwehrenden Geste.
„Sie hat mir das Herz gebrochen.“ „Ite Pawel halblaut.“
„Mit diesem Messer mach ich sie kalt!“
„Er jag aus seinem Wams ein kleines Brotmesser und keh es durch die Luft blühen.“
„Ein einziger Schnitt durch die Gurgel...“ „Ite er.“
(Fortsetzung folgt)

Schlag auf Schlag gegen die Straßenbahner.

Am Dezember 1922 wurde als Sanktionsmaßnahme bei der städtischen Straßenbahn die sogenannte Verkehrsberbindung durchgeföhrt. Der 6-Minutenverkehr wurde durch den 7 1/2-Minutenverkehr abgelöst. Die Begleiterscheinungen dieser Umstellung zeigen sich jetzt als eine ungeheure Ausbeutung der Straßenbahner. Nicht allein, daß Hunderte von ihnen zum freiwilligen Abgang gezwungen wurden, auch die übrigen müssen in diesem Monat bis zu acht Tagen feiern, trotzdem laut Ausnahm nur vier Tage vor gesehen sind. Es werden immer mehr Wagen abgehängt, so daß zeitweise die Wagen völlig überfüllt sind und Fahrgäste laufen müssen, weil die Bahn voll ist. Besonders die Oberkassner tun sich mit dem Abhängen der Wagen herbor. Sie sehen nur leere Wagen und berichten darüber an die Verwaltung, den vollen Wagen lehnen sie den Rücken. Dies tun die Oberkassner, trotzdem sie ebenso wie die übrigen Straßenbahner Geldsubsidie erhalten. Allen Oberkassnern, Bahnholzwärtern und Meistern vom technischen Personal bis auf einigen sind am 1. Januar die Beamtenverträge gekündigt worden. Berichten die Oberkassner die erwähnten Bütteldienste etwa darum, einem neuen Straßenbahnunternehmen ihren Befähigungsnachweis als Oberkassner zu erbringen?

Der 6-Minutenverkehr ist noch nicht wieder eingeföhrt, obwohl die Stadtverordnetenversammlung es beschlossen hat. Warum kümmern sich die SPD-Stadtvorordneten nicht um die Durchführung ihrer gefassten Beschlüsse? Was tun die Neustich, Genf und Wittke, die als Magistratsmitglieder oder Verkehrsdezernenten Einfluss auf die Straßenbahn haben? Sie hüllen sich in betriebliches Schweigen und beteiligen sich weiter am Schacher um die Existenz der Straßenbahner. Ebenso treiben es die Betriebsräte. Ein Beschwichtigendes oder ein Abschweifen, nichts sagendes Antworten oder völliges Schweigen. Nicht eine kraftvolle Geste ist zu bemerken. Es gibt sogar Betriebsräte, die sich bei der Entlassungsfrage auf Bitten verlassen wollen. So ist z. B. ein Betriebsrat, geleiteter Müller. Vier Jahre war er auf Wanderschaft und größtenteils arbeitslos. Dieser Betriebsrat gab seinen Kollegen folgenden Rat: Wir müssen umren lieben Herrn Direktor Bleyberg sehr bitten, damit nicht zu viel auf die Straße fliegen. Bei einem solchen Verhalten der Betriebsräte hat die Direktion natürlich ein leichtes Spiel. Sie geht weiter daran, Straßenbahner auf Pfahler zu schmelzen. Daß sie dabei von sozialdemokratischer Seite tatkräftig unterstützt wird, beweist der nachstehende Anschlag.

Alle Maßnahmen, die bis jetzt getroffen wurden, um den Betrieb wirtschaftlich zu gestalten, haben keinen betrieblischen Erfolg gehabt. Die Ausgaben können durch die Einnahmen nicht mehr gedeckt werden. Wir müssen zum Jahresabschluss mit einem großen Defizit rechnen.

Die Not der Straßenbahn ist in Deutschland allgemein; bereits 25 Städte haben den Straßenbahnbetrieb stillgelegt, in vielen Städten steht die Einstellung der Betriebe kurz bevor.

Weitere Einschränkungen, sowohl beim Fahr- als auch beim technischen Personal, werden auch hier in Breslau leider unvermeidlich sein. Wir richten deshalb an alle diejenigen, die irgendwas andere Stellung finden können, die Aufforderung, diese anzunehmen.

Die Abfindung erfolgt nach § 87 des Betriebsrätegesetzes. Breslau, den 29. Dezember 1922.

Der Magistrat.

gez. Dr. Wagner, gez. Wittke.

Es stände um die Straßenbahn nicht so schlimm, wenn die Sozialdemokraten im Stadtparlament nicht eine so kurzweilige Politik betrieben hätten. Die Kapitalisten können lachen. Sie schrauben die Preise für Schienen und alle sonstigen Bedarfsgegenstände der Straßenbahn recht hoch und die Direktion der Breslauer Straßenbahn bringt trotz dieser hohen Preise die Bahnen technisch in Schuß und wirtschaftlich zum Ruin, so daß den Kapitalisten bei einer Entkommunalisierung ein fetter Bissen sicher ist. Die Straßenbahner werden zum Teil entlassen, dafür müssen die andern um so mehr arbeiten. Diesen teuflichen Plan brauchen die Kapitalisten noch nicht mal selbst durchzuführen. Sozialdemokraten machen nur so die Exekoren. Wittke der Sozialdemokrat, findet gar nichts dabei, den obigen Aufruf zu unterzeichnen.

Die freiwilligen Abgänge hatten aber doch nicht den gewünschten Erfolg. Jetzt gehts ans Rausschmeißen, wie folgender Anschlag verhandelt.

Meldungen zum freiwilligen Abgang mit Abfindung werden nur noch bis Dienstag, den 23. Januar 1923, entgegen genommen. Wenn dadurch die leider notwendige Verminderung des Personals nicht erreicht werden sollte, muß zu Kürzungen geschritten werden. Breslau, den 17. Januar 1923.

Die Verwaltung der Städtischen Straßenbahn.

gez. Bleyberg.

Es ist sehr verständlich, daß die notwendige Verminderung des Personals nicht erreicht wird. Welcher Familienvater kann es wagen, in der jetzigen Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der wachsenden Arbeitslosigkeit, eine Stellung anzunehmen? So finden etwa Massenentlassungen statt. Mit Hilfe der Betriebsräte und Betriebsbürokratie werden die Straßenbahner auf die Straße geworfen, dem Elend preisgegeben.

Die Schuld an dieser traurigen Lage der städtischen Straßenbahn liegt nicht einzig und allein bei der Breslauer Sozialdemokratie. Sie hatte durch ihre Mehrheit im Stadtparlament und durch die Macht der von ihr beeinflussten gewerkschaftlichen Organisationen die Möglichkeit, die Massenentlassungen zu verhindern. In Versammlungen haben es die Straßenbahner verweigert. Aber die Sozialdemokraten haben ihre Positionen gegen die Straßenbahner imzugenutzt, haben sich am Seiten des Magistrats gehalten.

Noch ist nicht alles verloren. Noch haben die Straßenbahner die Möglichkeit, in den Gewerkschaften den Abwehrkampf gegen die Massenentlassungen zu organisieren. Noch haben sie die Möglichkeit, durch einheitliches Handeln die Willkür des Magistrats zu brechen. Aber sie tun es nicht, wenn sie allein auf die eigene Kraft vertrauen. Diese Lehre gibt ihnen die Judasrolle der sozialdemokratischen Führer.

Angestelltenversicherung. Nach der in Nummer 65 des Reichsgesetzblatts für 1922 veröffentlichten Verordnung des Reichsversicherungsamtes über Ausdehnung der Versicherungsspflicht in der Angestelltenversicherung vom 21. Dezember 1922 ist die Versicherungsgröße vom 1. Januar 1923 ab auf 1 200 000 Mk. erhöht worden. Es sind daher alle Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 20 000 Mk. bis zu 1 200 000 Mk. in Gehaltsklasse 13 mit einem Monatsentgelt von 480 Mk. zu versichern. Die Gehaltsklassen 1 bis 12 sind die Beitragsklasse haben unverändert bestehen. Wer die für die Versicherungsspflicht maßgebende Grenze des Jahresarbeitsverdienstes über schreitet, ohne seinen Arbeitgeber oder seine Stellung zu wechseln, scheidet erst mit dem ersten Tage des vierten Monats nach Heberheben der Versicherungsgröße aus der Versicherungspflicht aus. Somit

1. Januar 1923 ab sind die Beiträge zur Angestelltenversicherung nur durch Verwendung von Beitragsmarken zu entrichten, die bei den Postanstalten zu haben sind. Die alten gelben Versicherungsarten haben nur bis Ende Dezember 1922 Gültigkeit. Zur Verwendung der Beitragsmarken für die Zeit vom 1. Januar 1923 ab werden in den Ausgabestellen der Invalidenversicherung (Polizeirepieren usw.) neue grüne Versicherungsarten ausgestellt.

K.P.D. / Ortsgruppe Breslau.

Heute Freitag

den 19. Januar, abends 7 Uhr, in den „Hubertuskälen“ Friedrich-Wilhelm-Straße 82

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: Die politische Lage. Kassen- und Geschäftsbericht. Verschiedenes.

Alle sonstigen Parteiveranstaltungen fallen aus, daher erscheint pünktlich und in Massen zu dieser wichtigen Versammlung.

Das Saufen bringt was ein. Aber nicht für diejenigen, die kaufen, sondern für die, welche den Saff erzeugen. Die Engelhardt-Brauerei veröffentlichte in den letzten Tagen ihren Jahresabschluss, nach dem sie einen Gewinn von nur 15 921 978,09 Mark erzielt hat. Da kriegen die Aktionäre wieder mal einen fetten Happen von dem Weid, das sich die Arbeiter der Brauerei abgehungert haben.

Beschluß-Sammlung für die Kassenarbeiten. Berichtung. Die Liste Nr. 44 156 mit dem gesammelten Betrage in Höhe von 5377 Mk. war von Betriebswerkstatt Breslau Fr. G. B. H. durch Kollegen Schmiedek abgegeben worden.

Verpachtung des Breslauer Ausstellungsgeländes. Die Deputation für die Jahrhunderthalle und die sonstigen städtischen Ausstellungsanlagen schreibt durch eine Bekanntmachung in der vorliegenden Ausgabe unseres Blattes das Ausstellungsgelände und die dazu gehörigen Gebäude zur Verpachtung aus. Gedacht ist in erster Reihe an die Veranstaltung von Ausstellungen, sportlichen, musikalischen und künstlerischen Unternehmungen aller Art. Die Verwendung der Ausstellungsanlagen zu Veranstaltungen in der Art von Vergnügungsparks ist ausgeschlossen, jedoch sind Vorschläge für eine großzügige, über den Rahmen der bisherigen Verwendung hinausgehende Ausnutzung erwünscht. Den Vorschlägen der Messegesellschaft soll in weitestgehendem Maße Rechnung getragen werden. Zukunftsüberdenden Veranstaltungen wie der Pächter auf Verlangen des Magistrats Aufnahme gewähren müssen. Bewerbungen mit Angabe der Pachsumme und Sicherheitsleistung, sowie die gewünschte Sachsumme sind bis zum 1. März d. S. an die Inspektion der Jahrhunderthalle, Breslau-Scheitrig, einzureichen. Die genauen Bedingungen und Pläne der geplanten Anlage liegen dortselbst zur Einsicht aus. Die Ausschreibung der Verpachtung der Jahrhunderthalle zeigt die Uninnigkeit, einen solchen Bau aufzuführen, ohne daß für ihn Verwendung da ist. Es wäre nämlich besser gewesen, statt der Jahrhunderthalle wären Wohnungen gebaut worden.

Der Streit um Napoleons Wagen. Den Breslauer Spielern wird wieder mal eine Sensation besetzt. Was der „Generalanzeiger“ meldet, wurde vom Zivilsenat des Reichsgerichts ein Streit der Nachkommen des Generals Blücher entschieden, der um den Reifwagen Napoleons, ein Beutehäud des Generals, geführt wurde. Um den Wagen stritten sich die englische und die deutsche Seitenlinie der Nachkommenschaft Blüchers. Nun hat das Reichsgericht entschieden, daß der Wagen der englischen Seitenlinie zugesprochen wird. Dadurch ist er vor der Beschlagnahme durch die französischen Patrioten geschützt. Der englische Besitzer hat bestimmt, daß der Wagen in einem Museum der schlesischen Hauptstadt, also hier in Breslau, aufbewahrt werden soll. Darob unter den Spielern große Entzückung. Können sie sich doch nun damit heransetzen, daß sie mit strahlendem Blick jenen Wagen angucken, der dem Erbfeind abgenommen wurde.

Aussetzung für den Umbau von folgenden Beträge genehmigt: Bertram-Konradshof 100 Mk., Ortsgruppe Petersdorf (durch Ende) 1000 Mk. Allen Weibern besten Dank. **Produktiv-Genossenschaft S. A. Zichober.**

Sittesbach. Eine öffentliche Volksversammlung findet am Sonntag, den 21. Januar, vormittags 9 Uhr im Gasthof „Zum Diebau“ statt. Genosse Schulz spricht über das Thema: „Was wird das Jahr 1923 der Arbeiterschaft bringen?“ Sorgi für Wasserbesch.

Sittesbach. Versammlungsansage. In Kälteform können wir die Anzeige nur als Superlativ gegen Bezahlung bringen.

Opfer Schlaf der AOB? Wir haben in Oppeln ein Generalkartell des AOB, dessen Vorstehender Werke es bei jeder und auch unpassender Gelegenheit für notwendig hielt, auf die AOB Arbeiter und Angestellten, die hinter diesem Kartell stehen, hinzuwirfen. Wir Arbeiter und Angestellten glauben daran, als Kollege Werke diese Worte vor längerer Zeit beim Kampfspektakel mit dem hiesigen rühmlichen Unternehmern öfters wiederholte. Und, lang ist es her. — In ernsthaften Kämpfen kann es nicht und die starke Waffe des Kartells ruht. Burgfrieden! — Herr Werke zieht

wahrscheinlich auf Alenteil mit samt seinem Kartell. Doch hielt Einmal rief Kollege Werke die Vertrauensleute der Betriebe zusammen. Wir nahmen an, daß der Kampf gegen Unternehmern, gegen Wucher, Schieber und Orgel beginnt soll. Aber weit gefehlt! Herr Werke war es um den ruhigen Verlauf der „demokratischen“ Reichstagswahlen zu tun. Die Angst vor Wahlströngen seitens der Gegner der Arbeiterschaft gerannschte ihn, die Vertreter aus den Betrieben um sich zu sammeln. Goldselig blickte er vom Vorstandstisch auf die Schar seiner Getreuen. Er versprach sofort Schritte einzuleiten, um eine organisatorische Zusammenfassung aller Kräfte, die gewillt sind, den schärfsten Kampf gegen die bezahlten Trabanten des Kapitals aufzunehmen, zu ermöglichen. Die Reichstagswahlen gingen ohne Störung vorüber. Herr Werke wurde müdehinfällig und ist es heute noch. Frecher denn je treten die Trabanten des Kapitals auf. Erst vor kurzem wurden in Prostau einige Verhaftungen und Massenbeschlagnahmen vorgenommen. Natürlich erst dann, als das Bößchen ihr Handwerk gar zu offen trieb. In allen größeren Städten in Oberschlesien nimmt die Arbeiterschaft Stellung zu den Propagationen der oberkassnerischen Kapitalisten. Nur in Oppeln schläft man, trotz der großen Zahl organisierter Arbeiter und Angestellten.

Versammlungs-Kalender.

Für jed. Zeile aus dies. Rubrik muß ein Betrag von 10 K. gezahlt werben.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Bresl. Nikolaistraße 49/50. Fernamt: Amt Platz, 8837. Abteile: Alfred Oelker, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postfachkonto: Breslau 58864, Alfred Oelker.

Breslau. Mittwoch 18/15. Freitag, den 19. Januar, abends 7 Uhr, Mittwochabend im Parteitotal, Nikolaistraße. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Dittelsbach. Freitag, den 19. Januar, abends 7 Uhr, Parteitotalversammlung. Sonntagabend, den 20. Januar, abends 7 Uhr, im Parteitotal, Ortsleitungsfeier. Wichtige Tagesordnung.

An alle Distrikte. Die Altersruheleute müssen bis Sonntagabend, den 20. Januar der Ortsleitung namhaft gemacht werden.

Ortsgruppe Altwasser. Sämtliche Betriebsratsführer haben bei der Monatsrechnung die Namen ihrer Kollegen, Genossen, bei Genossen Frau, Charakter, 58, anzugeben, jeweils Registrierung der Mitglieder. Die zum 28. 1. müssen sämtliche Unterloster abgemeldet haben.

Sonntag, nachm. 2 Uhr, im „Elenen Kreuz“ Funktionsfeier. Zu erheben haben alle Betriebsratsführer, Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte, Vertreter der Betriebe und sonstigen Veräuungen. Um nünftliches Ergehen wird ersucht.

Dittelsbach. Sonntag, 21. Januar, vorm. 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Diebau“ eine öffentliche Wollversammlungsfeier statt mit dem Thema: „Was wird das Jahr 1923 der Arbeiterschaft bringen?“ Referent: Genosse Schulz: Arbeiter, Massengruppen von Dittelsbach, zeitlich durch Massenbesch, daß wir den Tod unseres Vorwärtsführer Carl Biedend nicht vergessen hab. Saal ist geheizt.

Fellhammer. Sonntag, 21. Januar, nachm. 1.30 Uhr, im Gasthof „Zum Diebau“ Stüter-Fellhammer, große öffentliche Wollversammlungsfeier. Thema: „Die Arbeiterbewegung und was lagen Euch die Kommunisten.“ Sämtliche Parteigenossen haben eine halbe Stunde vorher zu erscheinen.

Mieder-Bermisdorf. Sonntag, den 21. Januar, vorm. 9 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Gasthaus zur „Friedenshoffnung“ (bei Schöda). Es ist Pflicht jedes Genossen, in der Versammlung zu erscheinen. Auf der Tagesordnung steht unter anderem Bericht vom 4. Weltkongress durch Genossen Kupper. Genossen zeigt, daß für den Ernst der Zeit vertriebt und erscheint in dieser Versammlung. Jeder Betriebsratsführer ist verantwortlich für seine Betriebschaft.

Markkisa. Sonntagabend, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur „Stadt Dieh“ Schödenstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung. Die wichtige Tagesordnung, ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen. Entschuldigende hat herlich mitkommen.

Reichenbach. Sonntagabend, den 20. Januar, abends 7 Uhr, bei Genossen Mann. Distrikterabend. Sämtliche Funktionäre, sowie auch Mitglieder, die sich als Agitatoren ausbilden wollen, müssen erscheinen.

Wellstein. Sonntag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, in der „Genieintendenz“, Gedächtnis-Versammlung für die Revolutionsoffer. Genossen zeigt, daß für unsere Gelben in Ehren halter und kommt zahlreich in die Versammlung.

KJD

Bezirksleitung: Max Gläfer, Breslau 1. Nikolaistraße 49/50. Postfachkonto: Breslau 67566 Max Gläfer.

Breslau. Sonntag, den 21. Januar, früh 9 Uhr, im Parteitotal, Beginn des Gewerkschaftskongresses. Teilnehmen müssen die Funktionäre, sämtliche Jugendkardinaldelegierten und Betriebsvertrauensmänner sowie jeder Gewerkschaftsfunktionäre.

Kreis Hirschberg. Sonntag, den 21. Januar, mittags 12 Uhr, in der „Tunatappel“ Kreisferienfeier. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Beauftragte der SD sind anzuweisen.

Kreisleiter der K.J. für den Kreis Hirschberg ist der Genosse Ernst Ender, Arnsdorf i. Mgl.

Langelndau. Sonntagabend, den 20. Januar, abends 7 Uhr, bei Zinter, Generalversammlung. Tagesordnung: Tätigkeits- und Kassenbericht, Neuwahlen, Verschiedenes. Mittig eines jeden ist pünktlich zu erscheinen. Mit uns Sympathisierende und Parteigenossen sind eingeladen.

Waldenburg. „Jung-Volk vom Ran“. Freitag, den 26. Januar, abends, Generalversammlung in der Stadtbrauerei. Es ist Pflicht, unterer Bauarbeiterjugend, in die Generalversammlung zu gehen.

Alle Genossen (innen). die auf Fahrkarteeremäßigung nach Diebau fahren, müssen sich Sonntagabend, den 20. Januar, abends 6.45 Uhr, am Bahnhof Waldenburg.

Gewerkschaften

Alle Zusendungen in Gewerkschaftsangelegenheiten an das Sekretariat, Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Altwasser. Kommunistiche Bergarbeiter. Freitag, abends 6 Uhr, im Elenen Kreuz Sitzung. Sämtliche kommunistischen Bergarbeiter haben zu erscheinen.

Mieder-Altwasser. Bergarbeiterverband. Sonntag, vorm. 9 Uhr, Jahresfeierabend im Ursprungslokal. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Ercheinen ist notwendig.

Neu-Salzbrunn-Konradshof. Sonntag, den 21. Januar, vorm. 10 Uhr, im „Fünfterbaum“, Funktionsversammlung sämtlicher kommunistischen Bergarbeiter.

Waldenburg. Bauarbeiter und Zimmerer. Sonntagabend, den 20. Januar, abends 7 Uhr im „Kreuz“ in Altwasser, Kreisferienfeier. Zielungnahme zur Generalversammlung und Markenabrechnung. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein.

Andere Organisationen

Alle Zuschriften an d. Sekretariat Nikolaistraße 49/50.

Neu-Salzbrunn. Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. Januar, nachm. 5 Uhr, Mitgliederversammlung der Michaelskirche. Sämtliche Vorstandsmitglieder haben eine Stunde früher zu erscheinen.

Mieder-Altwasser. Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. Januar, nachm. 7 Uhr, im „Elenen Kreuz“, Vortrag „Alte und neue Religionen“. Referent: Lehrer Gatzhauer. Ercheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Gäste sind herzlich willkommen.

Verantwortl. f. d. gesamt. Inhalt: E. H. Kanski; Inzerate: Max Zichober. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Sämtlich in Breslau.

Das Breslauer Ausstellungsgelände ist zu verpachten. Näheres durch die Inspektion der Jahrhunderthalle.

<p>Kommunistische Jugend / Ortsgruppe Liebau</p> <p>Winter-Sonnenwend-Feier verbunden mit Fahnen-Weiß</p> <p>Am Sonntag, den 28. Januar im Lokal „Stadt Berlin“ in Liebau</p> <p>Alle Mitglieder der Ortsgruppe sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.</p> <p>Der Vorstand: ...</p>	<p>Sieben neu erschienen:</p> <p>Das freie Land!</p> <p>Kommunistischer Bauern-Kalender für das Jahr 1923</p> <p>mit 2 Kunstbeilagen und 1 Wandkalender</p> <p>Preis 100. — Mark</p> <p>Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50</p>	<p>Sieben ist erschienen:</p> <p>Eugen Levine</p> <p>von P. Werner</p> <p>Preis 300 Mk.</p> <p>Zu beziehen durch Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. Breslau 1, Nikolaistraße 49/50</p>
---	---	---